



Europa und die Globalisierung: Risiken und Chancen



Autor : Nicole Gnesotto

Die anhaltende Wirtschaftskrise in der Eurozone verstärkt die seit jeher bestehende Gefahr der europäischen Nabelschau. Die permanente Beschäftigung mit der Schuldenkrise oder den Fortschritten bei der Bankenaufsicht verstellt den Blick auf die größeren Zusammenhänge und die Auswirkungen der Globalisierung. Die Globalisierung wird oft als Bedrohung für die Wettbewerbsposition Europas oder sogar für das europäische Modell als solches wahrgenommen. Die Globalisierung ist jedoch nicht nur Bedrohung, sondern auch die Chance für die Europäische Union, auf internationaler Ebene ihre Trümpfe zum Einsatz bringen - falls die politisch Verantwortlichen die Gelegenheit hierfür erkennen und die Chance nutzen.

Fortsetzung

Übersicht

Neuigkeiten : App/Mobil - Gesundheit - Frankreich/Ungarn **Finanzkrise** : Zypern - Spanien - Finnland - Griechenland - Niederlande - Portugal - Slowenien
Kommission : Geschäftsgeheimnisse - Steuern/Unternehmen - Vertrauen - Eurosur
Rat : Östliche Partnerschaft - Haushalt - Wettbewerb **EZB** : Geldschein/10 €
Deutschland : Regierung **Belgien** : Wettbewerb **Spanien** : Frankreich-Spanien
Italien : Berlusconi - Haushalt **Lettland** : Rücktritt **Luxemburg** : Regierung
Polen : Frankreich **Rumänien** : China **Großbritannien** : Schottland - Einwanderung
Slowenien : Rücktritt **Ukraine** : Demonstrationen **NATO** : Estland **Europarat** : Türkei
Eurobarometer : Entwicklung **Berichte/Studien** : Renten **Eurostat** : Arbeitslosigkeit - Inflation - Staatsangehörigkeit **Kultur** : Weihnachten - Ausstellung/Rom - Museum/Malaga

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Nutzen Sie unsere neue kostenlose App "Fondation Robert Schuman"!



Unsere neue App "Fondation Robert Schuman" steht für Sie zum kostenlosen Download bereit - erhältlich über Apple store oder Google play. Sie ersetzt die bisherige App Euscope. Mit unserer neuen App werden Sie zuverlässig über alle wichtigen europäischen Nachrichten informiert - wo auch immer Sie sich gerade aufhalten. Über die App erhalten Sie ebenso Zugriff auf unsere aktuellen Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Policy Papers. Darüber hinaus können Sie Hintergrunddossiers lesen und Sie erhalten Zugang zu unserem online-shop - demnächst wird die App auch auf Englisch erhältlich sein... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Wie wird die Gesundheitsvorsorge in Zukunft in Europa aussehen?

Am 4. Dezember um 15 Uhr wird der ehemalige französische



Gesundheitsminister und Mitglied des Verwaltungsrates der Robert Schuman Stiftung, Jacques Barrot, in Marseille zum Thema der zukünftigen Gesundheitsvorsorgesysteme in Europa sprechen ("Quelle Europe de la santé pour demain?").. [Fortsetzung](#)

Beziehungen zwischen Frankreich und Ungarn



Zur Feier der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und Ungarn vor 50 Jahren veranstalten die Robert Schuman Stiftung und die Botschaft von Ungarn in Paris am 17. Dezember 2013 eine Konferenz zum Thema "La France, la Hongrie et l'Europe centrale. Regards croisés franco-hongrois". Es werden zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Medien anwesend sein. Jean-Dominique Giuliani, Präsident der Robert Schuman Stiftung, wird die Debatte moderieren... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Durchwachsene Ergebnisse der Bank of Cyprus im 1. Quartal 2013



Am 26. November 2013 gab die Bank of Cyprus ihre Bilanz für das Halbjahr Januar bis Juni 2013 bekannt. Entsprechend der Veröffentlichung gab es in dieser Zeit Verluste in Höhe von 1,8 Milliarden Euro. Hauptursache hierfür sind Kreditausfälle. Seit März 2013 unternimmt Zypern zahlreiche Restrukturierungen im Rahmen des internationalen Rettungsplans, an dem die EZB, der IWF und die EU-Kommission beteiligt sind... [Fortsetzung](#)

0,1% Wachstum in Spanien im 3. Quartal 2013



Am 28. November 2013 veröffentlichte das spanische Statistikinstitut INE einen Bericht zur wirtschaftlichen Lage des Landes. Demnach gab es im 3. Quartal 2013 ein Wachstum von 0,1%, das in erster Linie auf eine erhöhte Binnennachfrage zurück zu führen ist. Die Außenhandelsbilanz (Exporte wie Importe) weist ein im Vergleich zum vorherigen Quartal geringeres Wachstum auf... [Fortsetzung](#)

Finnland: Reformplan



Am 29. November 2013 einigte sich die Regierung Finnlands auf einen Reformplan, der zu einer Senkung der öffentlichen Ausgaben um 1 Milliarde Euro bis 2017 führen soll. Durch die Reformen soll der Staatshaushalt ausgeglichen werden. Finnland ist eines der wenigen Länder in der EU, das durch die internationalen Rankingagenturen noch mit einer AAA-Bewertung ausgezeichnet wird. Der finnische Premierminister Jyrki Katainen sagte auf einer Pressekonferenz, dass mit den im Reformplan getroffenen Entscheidungen das Vertrauen in die Zukunft Finnlands wieder hergestellt werden könne... [Fortsetzung](#)

OECD: Perspektiven für Griechenland



Griechenland wird die Rezession nach Einschätzungen der OECD vom 27. November 2013 auch 2014 nicht überwinden können, entgegen der Einschätzung der griechischen Regierung, die von einer Rückkehr des Wachstums ausgeht. Die OECD geht für 2014 von einem weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung in Höhe von 0,4% aus... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Niederlande verlieren AAA-Bewertung



Am 29. November 2013 stufte die Rankingagentur Standard & Poor's die Niederlande von AAA auf AA+ herab. Zur Begründung verwies die Agentur auf die schwachen Wachstumsaussichten des Landes... [Fortsetzung](#)

Portugiesisches Parlament stimmt für Haushalt 2014

Am 26. November 2013 stimmten die Abgeordneten des portugiesischen Parlaments für den Haushalt 2014, der Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen in Höhe von 3,9 Milliarden Euro vorsieht. Die Maßnahmen sollen am 1. Januar 2014 in Kraft



treten, sie richten sich insbesondere gegen Beamte und Rentner, die Gehalts- und Pensionskürzungen akzeptieren müssen. Das Renteneintrittsalter wird 2014 von 65 auf 66 Jahre angehoben. Die portugiesische Finanzministerin Maria Luis Alburquerque verteidigte den Haushalt als notwendigen Schritt, damit Portugal seine Finanzautonomie zurück gewinnen kann... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Slowenien: Gesetz zur Rekapitalisierung der Banken



Am 29. November 2013 stimmten die Abgeordneten des slowenischen Parlaments mehrheitlich für ein Gesetz, das der Regierung ermöglicht, bis zu 4,7 Milliarden Euro für eine schnelle Rekapitalisierung der Banken bereit zu stellen, bei denen überwiegend der Staat Hauptanteilseigner ist. 47 von 90 Abgeordneten stimmten für das Gesetz. Die Rekapitalisierung könnte nach der für den 13. Dezember vorgesehenen Veröffentlichung der Ergebnisse des Bankenstresstests erfolgen, an dem 10 slowenische Bankinstitute teilgenommen haben... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Besserer Schutz von Geschäftsgeheimnissen



Die EU-Kommission veröffentlichte am 28. November 2013 einen Gesetzesvorschlag, mit dem Unternehmen bei Missbrauch von vertraulichen Geschäftsinformationen leichter zu ihrem Recht kommen sollen. Eine einheitliche Begriffsklärung von "Geschäftsgeheimnis" soll geschädigten Firmen die Forderung nach Wiedergutmachung erleichtern. Zudem können Geschäftsgeheimnisse offenbarende Produkte vom Markt genommen werden... [Fortsetzung](#)

Kommission will härter gegen Steuervermeidung vorgehen



Die Europäische Kommission hat am 25.11.2013 einen Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über das gemeinsame Steuersystem von Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener EU-Mitgliedsstaaten vorgestellt. Laut dem zuständigen Kommissar Algirdas Šemeta soll so systematischer Steuervermeidung durch multinational agierende Unternehmen ein Riegel vorgeschoben werden. Prinzipielles Ziel der Richtlinie ist es, dass innerhalb der EU erwirtschaftete Gewinne nicht durch künstliche Verschiebungen zwischen den Mitgliedsstaaten unbesteuert bleiben... [Fortsetzung](#)

Vertrauen in positive wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone gestiegen



Am 28. November 2013 gab die EU-Kommission bekannt, dass das Vertrauen in die positive Entwicklung der Eurozone im November 2013 im Vergleich zum Vormonat zugenommen hat, bereits das 7. Mal in Folge (in der Eurozone gab es einen Anstieg von +0,8 und in der EU um +0,4 Punkte). Der Vertrauensindex liegt bei 98,5 Punkten in der Eurozone, der höchste Stand seit 27 Monaten. Die höchsten Anstiege verzeichneten Italien (+1,9 Punkte), Spanien (+1,4 Punkte), die Niederlande (+1,3 Punkte) und Deutschland (+0,8 Punkte), das Vertrauen in Frankreich ging zurück (-0,9 Punkte)... [Fortsetzung](#)

Inbetriebnahme von EUROSUR



Die Inbetriebnahme des neuen europäischen Grenzüberwachungssystems EUROSUR erfolgte am 2. Dezember 2013 - zunächst mit den 18 an den Süd- und den Ostgrenzen der EU gelegenen Mitgliedstaaten und Norwegen. Die übrigen 11 EU-Mitgliedstaaten und assoziierten Schengen-Länder werden EUROSUR mit Wirkung vom 1. Dezember 2014 beitreten. Mit Hilfe von EUROSUR sollen in Seenot geratene Personen leichter gerettet werden können. Die EU und die Mitgliedstaaten erhalten durch EUROSUR bessere Instrumente zur Verhütung von grenzüberschreitenden Straftaten wie Menschenhandel oder Drogenschmuggel... [Fortsetzung](#)

Rat :

Ergebnisse des Gipfeltreffens Östliche Partnerschaft in Vilnius



Am 28. und 29. November 2013 fand das Gipfeltreffen zwischen Vertretern der EU und Ländern der Östlichen Partnerschaft in Vilnius statt. Mit Moldawien und Georgien wurden Assoziierungsabkommen unterzeichnet; mit Aserbajdschan wurden Erleichterungen bei der Ausstellung von Visa verabredet. Mit Georgien wurden in einem Rahmenabkommen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der EU zur Krisenbewältigung festgelegt. Vertreter der EU bedauerten die Entscheidung der Ukraine, das Assoziierungsabkommen mit der EU vorerst auszusetzen. Gegen die umstrittene Entscheidung gab es Massendemonstrationen in der Ukraine... [Fortsetzung](#)

Haushalt 2014-2020 verabschiedet



Am 2. Dezember 2013 stimmten die EU-Mitgliedsländer für den mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2014-2020, nachdem das EU-Parlament bereits am 19. November 2013 (nach zweieinhalbjährigen Verhandlungen) dafür gestimmt hatte. Für die kommenden sieben Jahre wird die EU über einen Haushalt im Gesamtumfang von 959,99 Milliarden Euro verfügen. Die Mittel sollen insbesondere zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung eingesetzt werden. Die Mitgliedsländer stimmten darüber hinaus für die zwischenstaatliche Einigung zur Haushaltsdisziplin, Zusammenarbeit in Haushaltsfragen und zur verantwortlichen Finanzsteuerung... [Fortsetzung](#)

Ergebnisse des Ratstreffens Wettbewerb



Am 2. Dezember 2013 stimmten die 28 EU-Minister, die für Wettbewerbsfragen zuständig sind, für eine gemeinsame Position hinsichtlich der elektronischen Rechnungserstellung bei öffentlichen Aufträgen, um den Marktzugang zu erleichtern und Missbrauch vorzubeugen. Die Minister tauschten sich über das Europäische Semester 2014 aus und sie stimmten für drei Texte, die Empfehlungen zur Industriepolitik, zum Binnenmarkt und zur intelligenten Reglementierung umfassen. Abschließend befassten sich die Minister mit Fragen zur europäischen Marke, die leichter zugänglich werden soll... [Fortsetzung](#)

EZB :

Neuer 10-Euro Geldschein im 2. Halbjahr 2014



Die Europäische Zentralbank (EZB) gab am 26. November 2013 bekannt, dass es voraussichtlich ab Herbst 2014 einen neuen 10 Euro-Schein geben wird, auf dem die griechische Göttin Europa abgebildet sein wird. Es handelt sich um den 2. Geldschein der neuen Europa-Serie (nach dem bereits ausgegebenen neuen 5 € Schein). Nach und nach werden auch neue 20er, 50er, 100er, 200er und 500er-Scheine ausgegeben werden... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Deutschland: Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD



Am 27. November 2013 präsentierten die Vorsitzenden von CDU/CSU und SPD den ausgehandelten Koalitionsvertrag. Der Vertrag sieht unter anderem die Einführung eines Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde vor und höhere Renten für Geringverdiener und Mütter. In Bezug auf die künftige Europapolitik der neuen Regierung sind laut Vertrag keine großen Veränderungen zu erwarten. Bis zum 12. Dezember 2013 können die SPD-Mitglieder über den Koalitionsvertrag abstimmen. Am 28. November 2013 analysierte der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, den Vertrag in der Arte-Sendung "28 Minuten" ("Regierungskoalition in Deutschland: Was wird sich in Europa ändern?")... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Belgien :

Plan für Aufschwung und Wettbewerb



Am 29. November 2013 präsentierte die belgische Regierung einen Plan für Aufschwung und Wettbewerb, nach dem unter anderem die Mehrwertsteuer für Strom und Abgaben für Unternehmen gesenkt werden sollen, so der belgische Premierminister Elio Di Rupo. Ab dem 1. April 2014 soll die Mehrwertsteuer für Strom von 21% auf 6% sinken, was für den belgischen Durchschnittshaushalt Einsparungen pro Jahr von 100 Euro zur Folge haben soll. Abgaben für Unternehmen sollen 2015 um 450 Millionen

sinken, stärkere Entlastungen sind für 2017 und 2019 geplant - in Höhe von insgesamt 1,350 Milliarden Euro... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Frankreich-Spanien-Gipfel in Madrid



Der französische Staatspräsident François Hollande reiste am 27. November 2013 für den 23. Frankreich-Spanien-Gipfel nach Madrid. Dort traf er den spanischen Regierungschef Mariano Rajoy; beide erklärten, eine gemeinsame Position zur Bankenunion ausarbeiten zu wollen. Mariano Rajoy erklärte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz, dass Frankreich und Spanien gemeinsame Interessen und Visionen in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung in Europa hätten. Beide erklärten, dass sie die geplante Bankenunion unterstützen, wie auch den Mechanismus einer direkten Rekapitalisierung für Banken in Schwierigkeiten. Abschließend wurde bekannt gegeben, dass der erste TGV Paris-Barcelona am 15. Dezember 2013 fahren wird... [Fortsetzung](#)

Italien :

Silvio Berlusconi per Senatsbeschluss ausgeschlossen



Am 27. November 2013 hat der italienische Senat den früheren italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi ausgeschlossen. Mit dem Beschluss der zweiten Parlamentskammer verliert der 77-Jährige auch seine politische Immunität. Der Ausschluss gilt mit sofortiger Wirkung. Berlusconi drohen nun weitere Prozesse. Der Senat zog mit dem Ausschluss Berlusconis die Konsequenzen aus dessen Verurteilung zu einer Haftstrafe auf Bewährung wegen Steuerhinterziehung, die letztinstanzlich bestätigt wurde. Berlusconi kündigte an, "den Kampf fortsetzen" zu wollen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Italienischer Senat stimmt für Haushalt 2014, "Forza Italia" jetzt in der Opposition



Am 27. November 2013 stimmten die Mitglieder des Italienischen Senats für den Haushalt 2014, der noch vom Abgeordnetenhaus absegnet werden muss. Der Regierung von Enrico Letta sprachen die Senatoren mit 171 gegen 135 Stimmen ihr Vertrauen aus. "Forza Italia", die Partei von Silvio Berlusconi, enthielt sich der Abstimmung und verließ die Regierung. Am 28. November 2013 traf sich der italienische Präsident Giorgio Napolitano mit einer Delegation der "Forza Italia", um die politische Lage zu besprechen. Am 29. November 2013 erklärte Enrico Letta vor der Presse, dass er dem Staatschef vorschlagen wird, nach dem 8. Dezember 2013 die Vertrauensfrage zu stellen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Lettland :

Lettischer Premierminister erklärt Rücktritt der Regierung



Am 27. November 2013 gab der lettische Premierminister Valdis Dombrovskis nach seiner wöchentlichen Unterredung mit dem Präsidenten Lettlands den Rücktritt der Regierung bekannt. Er übernimmt hiermit die Verantwortung für den Einsturz des Daches eines Supermarktes, durch den am 21. November 2013 mindestens 54 Menschen zu Tode kamen. Der Präsident Lettlands äußerte seine Hoffnung, dass bis Ende des Jahres eine neue Regierung gebildet werden könne... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Luxemburg :

Neue Regierung in Luxemburg



Am 29. November 2013 einigten sich die drei luxemburgischen Parteien (Liberalen, Sozialisten und Grünen) auf die Bildung einer großen Koalition. Xavier Bettel von den Liberalen gab bekannt, dass zwischen seiner Partei und den Sozialisten (LSAP) und Grünen eine Einigung erzielt werden konnte. Der Regierung werden 15 Minister angehören (6 Liberale, 6 Sozialisten und 3 Grüne). Xavier Bettel soll als zukünftiger Premierminister am 4. Dezember 2013 vor dem Parlament den Amtseid leisten... [Fortsetzung](#)

Polen :

Einigung zwischen Polen und Frankreich über entsandte Arbeiter



Am 29. November 2013 einigten sich der französische Staatspräsident François Hollande und der polnische Premierminister Donald Tusk dahingehend, dass sie sich gemeinsam für die Aushandlung eines Kompromisses über entsandte Arbeiter einsetzen werden. François Hollande betonte, dass es notwendig sei, den Einsatz von Arbeitern zu Niedriglöhnen, die nicht den europäischen Kriterien entsprechen, zu unterbinden... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Europa-China-Gipfel



Am 26. November 2013 traf der chinesische Premierminister Li Keqiang in Bukarest 16 Regierungschefs aus Zentral- und Osteuropa (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Mazedonien, Montenegro, Polen, Tschechien, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien). Ziel des Treffens war der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Zentral- und Osteuropa. China interessiert sich insbesondere für Investitionen in Infrastruktur, erneuerbare Energien und Landwirtschaft. Die Regierungschefs betonten die Bedeutung der strategischen Partnerschaft mit China in der globalisierten Weltwirtschaft... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Großbritannien :

Schottische Regierung veröffentlicht Weißbuch zur geplanten Unabhängigkeit



In dem 670 Seiten dicken Weißbuch, das den Titel "Schottlands Zukunft - Ihr Führer für ein unabhängiges Schottland" trägt und am 26. November 2013 veröffentlicht wurde, skizziert der schottische Premierminister Alex Salmond vor allem die Vorzüge einer schottischen Unabhängigkeit: Eine eigene Armee aufbauen und die Bodenschätze für sich nutzen, gleichzeitig der Krone treu bleiben und das Pfund als Währung behalten. In zehn Monaten, im September 2014, sollen etwa fünf Millionen wahlberechtigte Schotten in einem Referendum über eine mögliche Abspaltung von Großbritannien abstimmen. Laut Salmond wird Schottland durch die Abspaltung zu einer "gerechteren, demokratischeren und wohlhabenderen" Nation werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

David Cameron will Sozialleistungen für europäische Einwanderer einschränken



Der britische Premierminister David Cameron kündigte in einem Gastbeitrag für die Financial Times am 27.11.2013 an, die Sozialleistungen für Rumänen und Bulgaren einschränken zu wollen, die ab dem 1. Januar 2014 in Großbritannien die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit genießen werden. Neuankömmlinge sollen die ersten drei Monate keine Sozialleistungen mehr in Anspruch nehmen können, wenn sie keinen Arbeitsplatz haben. Danach sollen maximal sechs Monate Arbeitslosenunterstützung möglich sein, wenn nicht mindestens die Aussicht auf einen Job besteht. Auch andere Sozialleistungen sollen an Bedingungen geknüpft werden. Vier Außenminister osteuropäischer Staaten (Ungarn, Polen, Tschechien und Slowakei) widersprachen den Plänen Camerons: "Die Freizügigkeit ist eines der Schlüsselemente der Integration, ein elementarer Baustein für das Funktionieren des Binnenmarktes", so die Außenminister in einem gemeinsamen Schreiben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Slowenien :

Rücktritt des slowenischen Gesundheitsministers



Der slowenische Gesundheitsminister Tomaz Gantar (DeSUS) erklärte am 25. November 2013 seinen Rücktritt. Es handelt sich um den 2. Rücktritt eines Ministers innerhalb einer Woche. In seiner Rücktrittserklärung gab Gantar bekannt, dass für das Gesundheitssystem derzeit keine Lösung ersichtlich sei, die allen gerecht werden könne. Slowenien leidet stark unter den Auswirkungen der Wirtschaftskrise... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Demonstrationen in der Ukraine wegen verweigerter EU-Annäherung



Am 29. November 2013 protestierten über 100 000 ukrainische Bürger, darunter auch der ehemalige Boxer und jetzige Oppositionspolitiker Vitali Klitschko, in Kiew gegen die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens durch Viktor Janukowitsch. Es handelt sich um die größte Demonstration seit der Orangenen Revolution 2004. Am 2. Dezember 2013 blockierten mehrere Demonstranten den Regierungssitz, um den Rücktritt der Regierung und Neuwahlen zu erzwingen. Viele Demonstranten riefen Parolen gegen die Regierung, die "korrupt" sei und "aus Gangstern" bestünde... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

NATO :

Cyberabwehr



Die NATO hat am 26. November 2013 in Estland eine Großoffensive im Kampf gegen Cyberkriminalität gestartet - die bisher größte Offensive gegen Cyberangriffe, die sich gegen NATO-Mitgliedsländer und Partner richten. Jamie Shea, stellvertretender Generalsekretär der NATO, sagte hierzu, dass Cyberangriffe tägliche Realität seien und immer raffinierter und komplexer würden... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Verstöße gegen Menschenrechte in der Türkei



Der Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muiznieks, veröffentlichte am 26. November 2013 seinen Bericht über Menschenrechtsverstöße in der Türkei im Zusammenhang mit den Vorfällen im Gezi-Park. Der Kommissar fordert eine Beseitigung der Hindernisse für Ermittlungen gegen Ordnungskräfte und deren Suspendierung, falls es starke Anzeichen für die Verletzung von Menschenrechten gibt... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Mehr Mittel für Entwicklungshilfe



Eurobarometer gab am 26. November 2013 bekannt, dass über 6 von 10 Europäern (61%) sich für eine Anhebung der Mittel für Entwicklungshilfe aussprechen und über 8 von 10 (83%) betonten, dass Hilfe für arme Länder wichtig sei. Laut Ergebnisse der Umfrage erklärten 48% der Befragten, dass sie bereit seien, mehr Geld für Produkte zu zahlen, falls hierdurch den Entwicklungsländern geholfen wird... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

OECD-Bericht: "Renten auf einen Blick"



"Länger arbeiten, mehr sparen", so lautet die Formel für zukünftige Rentner in den meisten Industrieländern. Wie der aktuelle Bericht "Renten auf einen Blick" der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) belegt (veröffentlicht am 26. November 2013), hat die Krise dazu beigetragen, dass die Mehrzahl der OECD-Mitglieder ihre Rentensysteme reformiert oder bereits geplante Reformen beschleunigt hat. Ein späterer Eintritt in die Rente und niedrigere Rentenversprechen für künftige Generationen sollen die Folgen von demografischem Wandel und höherer Lebenserwartung für die Rentenkassen dämpfen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurostat :

Arbeitslosenquoten: in der Eurozone 12,1% und in der EU 10,9%



Am 29. November 2013 veröffentlichte Eurostat aktuelle Zahlen für Oktober 2013 zur Arbeitslosigkeit in der Eurozone und in der EU. Entsprechend der aktuellen Veröffentlichung lag die Arbeitslosigkeit im Oktober 2013 in der Eurozone bei 12,1% und in der EU bei 10,9%. In der EU waren somit 26,654 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet, in der Eurozone lag die Zahl bei 19,298 Millionen. Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichneten Spanien und Griechenland (26,7% und 27,3%), die niedrigste Arbeitslosigkeit gab es in Österreich (4,8%), Deutschland (5,2%) und Luxemburg (5,9%)... [Fortsetzung](#)

Inflationsrate in der Eurozone bei 0,9%



Am 29. November 2013 gab Eurostat bekannt, dass die Inflationsrate in der Eurozone im November auf 0,9% angestiegen ist - im Vormonat lag sie noch bei 0,7%. Den größten Preisanstieg verzeichneten im November Lebensmittel, alkoholische Getränke und Tabak (1,6% gegenüber 1,9% im Oktober), gefolgt von Dienstleistungen (1,5% gegenüber 1,2% im Oktober), Industrieprodukte mit Ausnahme von Energie (0,3% - unverändert gegenüber Oktober) und Energie (-1,1% gegenüber -1,7% im Oktober)... [Fortsetzung](#)

783 100 neue Staatsbürger in der Europäischen Union in 2011



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 27. November 2013 veröffentlichte, erhielten 2011 783 100 Bürger die Staatsangehörigkeit eines der 28 EU-Mitgliedsländer (-4% im Vergleich zu 2010, nachdem es in den drei Jahren zuvor durchgehend einen Anstieg gegeben hatte). Die Einbürgerungen gingen insbesondere in Großbritannien zurück (-9% im Vergleich zu 2010), in Frankreich (-20%), in Spanien (-7%) und in Italien (-15%). In Deutschland gab es demgegenüber 5% mehr Einbürgerungen. Das Durchschnittsalter betrug zum Zeitpunkt der Einbürgerung 32,5 Jahre; fast ein Drittel der eingebürgerten Personen war unter 25 Jahre alt und fast die Hälfte war zwischen 25 und 44 Jahre alt... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Weihnachtsmärkte



Der Advent hat begonnen! Die Weihnachtsmärkte in vielen Städten Europas sind eröffnet worden - in Deutschland, Österreich und Frankreich locken weihnachtlich geschmückte Straßen und Märkte, Glühwein, Lebkuchen und Kunsthandwerk die Besucher an. Die Weihnachtsmärkte in Nürnberg, Salzburg oder Straßburg sind weltberühmt und jedes Jahr Anziehungspunkt für viele Besucher... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Carlo Saraceni, ein Venezianer zwischen Rom und Europa



Bis zum 2. März 2014 zeigt der "Palazzo di Venezia" in Rom die Ausstellung "Carlo Saraceni, ein Venezianer zwischen Rom und Europa". Carlo Saraceni war ein italienischer Maler, dessen Werk stark von Michelangelo Merisi da Caravaggio beeinflusst ist. Er wurde 1579 in Venedig geboren, wo er auch 1620 starb, wobei er die meiste Zeit seines Lebens als Maler in Rom lebte und arbeitete. Saraceni ist bekannt für seine mythologischen Landschaften und Darstellungen biblischer Szenen. Die Ausstellung zeigt die künstlerische Entwicklung Saracenis vom nordischen Naturalismus aus seiner künstlerischen Anfangszeit bis hin zum Stil Caravaggios... [Fortsetzung](#)

Neues Centre Pompidou in Malaga ab 2015



Das Pariser Centre Pompidou - weltbekannt für seine Sammlung moderner Kunst - wird 2015 seine erste Auslandsfiliale in Malaga eröffnen, wie die Stadtverwaltung Malagas am 29. November 2013 bekannt gab. Der Stadtrat stimmte für eine Einigung, die zwischen der Stadtverwaltung und dem Centre Pompidou von Paris ausgehandelt worden war. Der Vertrag läuft zunächst für 5 Jahre mit der Option der Verlängerung. Das Zentrum im südspanischen Malaga (Andalusien) soll 2015 eröffnet werden... [Fortsetzung](#)

Agenda :



2.-3. Dezember
Brüssel
Ratstreffen Wettbewerb



3.-6. Dezember
Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation



5. Dezember
Frankfurt
EZB-Rat



5.-6. Dezember
Brüssel
Ratstreffen Justiz und Innere Angelegenheiten

Brüssel
Ratstreffen Verkehr, Telekommunikation und Energie



9.-10. Dezember
Brüssel
Treffen der Eurogruppe

Brüssel
Ratstreffen Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucher



9.-12. Dezember
Straßburg
Sitzungswoche Europäisches Parlament

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Inga Groth, Pauline Massis Desmarest, Charles de Marcilly ;
Antonello Cadinu, Victoria de Posson, Anouk Richard

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}